

Volks-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

werd. 3. 7. 1891. 30 mm br. Kolonelleiter oder deren Raum mit 40 Pf. bezahlt u. in unferen Annoncenstellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Kellern die 92 mm breite Zeile 1.25 M. Anzeigen-Annahmegebühr vorn. 1. 1/2 M. für die Sonntags- u. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint 14 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. S. 1. 1/2 M. Anzeigenschein: Halle, Neue Promenade in d. 1. 1/2 M. Haus Nr. 17. Neben-Geschäftsst. 1. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 1. 50 Mark, vierteljährlich 1. 50 Mark, durch die Post 4. 50 Mark, einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungserzeichnis unter "Volks-Zeitung" eingetragen. Für Anzeigen eingegangene Manuskripte werden keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe "Volks-Zeitung" gestattet. Druck der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 479 480

Halle, Sonnabend, den 12. Oktober.

1918.

Änderung der Reichsverfassung.

Frontveränderungen im Westen. — Die Friedensausichten. — Vor der Absendung der deutschen Antwort.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 12. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Wir sind aus den Stellungen westlich von Douai in richtungswärtigen zurückgegangen. Der Gegner ist langsam gefolgt und stand am Abend in der Linie: Alt Beaulieu-Harnes—Jenny—Mardard und östlich der Bahn Beauvoisin—Wretzville. Nordöstlich von Cambrai griff der Feind zwischen der Scheide und St. Waast an. Angriffspunkt der hier in schmalen Front angelegten englischen Divisionen war der Durchbruch auf Valenciennes. Seine Wucht ist vereitelt. Es gelang dem Feinde nur in Tournai und auf den Höhen östlich und südöstlich des Ortes Fuß zu fassen. Unsere durch Pönnerungen wirksam unterstützten Gegenkräfte brachten hier den Verlust von zwei Bataillonen. Um der übrigen Front mehrten wir den Feind vor unseren Linien ab und fügten seinen dichtesten Angriffswellen schwere Verluste zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Hefigste Zeilämpfe englischer, amerikanischer und französischer Divisionen beiderseits von Bohain wurden vor unsere Stellungen abgewiesen.

An der Diez Gründungsgefechte. Südlich von Laon haben wir den Gemin des Dames geräumt. In dem Wiesenberg, dem Feind von Bar und südlich von Boulogne haben wir die Stellungen bezogen. Die Bewegungen, die seit Ende August eingeleitet waren, blieben dem Feinde trotz seiner Angriffe ungenutzt und planmäßig verlaufen. Durch unsere Abwehr ist der Feind nur vorwärts gelangt. Der heftige Übergang der großen Schlacht in der Champagne, die die Armeen des Generals von Einem mit verhältnismäßig schwachen Kräften gegen eine gewaltige Übermacht des französischen und amerikanischen Heeres in 14-tägigen harten Kämpfen gewonnen hat, und die beim Feinde in der Champagne infolge der ungewöhnlich hohen Verluste eingetretene Erschöpfung haben die reifungsgelose Durchführung dieser schwierigen Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zeilämpfe beiderseits der Aisne. Heftige Angriffe, die der Feind in den Kampfabschnitten der letzten Tage auf beiden Flanken führte, sind unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. Einzel und der Dornes-Bald, der nordwestlich verlaufen ging, wurden von französischen Bataillonen wieder genommen. Die seit 15 Tagen im Brennpunkt der Schlacht bei Romagne im schweren Wechselkampf stehende elass-Infanterie 115. Infanterie-Division unter Generalmajor Kuntz hat auch gestern die ihr anvertrauten Stellungen gegen alle Angriffe des Feindes gehalten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

21000 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. Okt. Im Sperrgebiet von England versenkt unsere U-Boote 21000 Zentner-Register-Tonnen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Weitere Verfassungsreformen.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden. Kanzlerverantwortlichkeit.

Berlin, 12. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Reichstag werden, wie wir hören, schon in kürzester Zeit, vielleicht schon zur nächsten Sitzung am Mittwoch zwei Vorlagen zugehen, die den weiteren Ausbau der Reichsverfassung im Sinne der Parlamentarisierung zum Gegenstande haben. Die eine Vorlage bezieht sich auf Artikel 11 der Reichsverfassung, nach welchem der Kaiser die alleinige Befugnis hat, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Nur in Bezug auf die Erklärung eines Kriegszustandes bedarf bisher der Kaiser der Zustimmung des Bundesrates.

Durch die neue Vorlage soll nun die Mitwirkung des Reichstages bei der Erklärung über Krieg und Frieden in der Verfassung festgelegt und deutlich als bisher in ihr zum Ausdruck gebracht werden, daß das Reich, wie im Jahre 1870 der Bundeskanzler erklärte, ein wehrfähigkeitsloses Staatwesen ist.

Durch die zweite Vorlage, die zu Artikel 17 der Reichsverfassung eingebracht wird, soll ein Kanzlerverantw., vorläufiglich gesetz geschaffen werden. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers für Anordnungen und Verfügungen im Namen des Reiches ist bereits in dem erwähnten Artikel

festgelegt, aber es fehlt bisher an Bestimmungen über die rechtlichen Wirkungen, die diese Mitverantwortlichkeit für den Kanzler selbst hat.

Der Wiederaufbau Serbiens.

Basel, 12. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) „Secolo“ meldet aus Corfu: Das jerbische Parlament beschloß einstimmig, an die Alliierten den Dank des Vaterlandes zu richten. Der Finanzminister gab bekannt, daß die Alliierten nach Wiedereroberung Serbiens vier Milliarden zum Wiederaufbau des jerbischen Staates bereitwillig werden.

Serbiens Ansprüche.

Zürich, 12. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Corriere“ meldet aus Corfu: Das jerbische Parlament faßte den Beschluß, seine nationalen und territorialen Ansprüche auf österreichisches und ungarisches Gebiet und auf die albanische Küste aufrecht zu erhalten.

„Friedensverhandlungen in der Nähe.“

Eine Rede des amerikanischen Staatssekretärs Lansing Haag, 12. Oktober. (Priv.-Tel.) Wie „Central News“ aus New York melden, hat Staatssekretär Lansing am Donnerstag im Theologischen Seminar in Cambridge im Senate New York anläßlich des 100jährigen Bestehens des Seminars eine Rede gehalten, worin er erklärte, daß die Friedensverhandlungen ganz in der Nähe seien und daß man nicht zuzulassen werde, daß der Geist der hiesigen Verhandlungen beeinträchtigt werde. Eine habgierige Haltung der Verbündeten, sagte er, würde den aufrichtigen Geist der Gerechtigkeit, der für die Gründung eines dauerhaften Friedens erforderlich ist, stark beeinträchtigen. Nachdem der Krieg gewonnen sei, müßte das amerikanische Volk seinen weiteren rücksichtslosen Hagen gegen diejenigen, welche der Willkürherrschaft der Mittelmächte gedient haben, beugen. Man müsse einen Unterschied machen zwischen Herten und Dienern. Es liege die Pflicht derjenigen, die die Unterhandlungen pflegen, darauf zu sehen, daß keine Leidenschaft die Vorbereitungen zu einer Neuordnung und Neuordnung der Welt und der Wiederherstellung des Friedens betwähre. Der Umstand, daß Lansing's Rede vorher dem Präsidenten zur Genehmigung vorgelesen hat, beweist, daß Wilson die Äußerungen Lansing's teile, daß nämlich die deutsche herrschende Klasse und nicht das deutsche Volk für den Krieg verantwortlich sei.

Britische Staatsmänner über die Friedensmöglichkeiten.

Haag, 12. Oktober. (Priv.-Tel.) Aus Londoner Telegrammen des „Handelsblatt“ geht hervor, daß die Neuheiten Chamberlains, Balfours und Lauriers, des liberalen Leiters Kanadas, keine besonders großen Erwartungen betreffen des baldigen Friedensschlusses. Balfour erklärt daneben, daß er baldige Friedensmöglichkeiten mit der Türkei, unter Umständen auch mit Desterreich voraussetzt.

Wilson will verhandeln.

Haag, 12. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Associated Press“ meldet aus Washington: Wilson hatte eine Konferenz mit General March und Lansing. Man sagt, daß der Präsident bereit sein wird, zu unterhandeln, sobald Prinz Max von Baden wieder grantwortet haben wird.

Eindrucksvolle Friedensbedingungen in Italien.

Lugano, 12. Oktober. (Privattelegramm.) Das Mailänder Blatt „Il Secolo“ läßt durchblicken, daß in Mailand, Rom und anderen Großstädten Italiens die deutsche Note an Wilson und dessen Antwort an die Alliierten einen ungeheuren Eindruck machte. Die Arbeiter vieler Fabriken verließen sofort in Massen die Fabriken und versammelten sich zu eindrucksvollen Friedensdemonstrationen. Die Behörden sahen sich deshalb gezwungen, durch flammende Ansprache die Wiederaufnahme der Arbeit zu fordern und darauf hinzuwirken, daß man den deutschen Friedensinhalten nur mit Mißtrauen begegne. Das Blatt protestiert entschieden gegen die allgemeine verbreitete Meinung, als sei der Krieg jetzt der Absendung der deutschen Note an Wilson so gut wie beendet. Die katholische Presse Italiens gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland an Wilson zukünftig antworten werde. Man glaubt bestimmt, daß der Frieden nicht mehr fern sei.

(Vergleiche Depeschen siehe auch Seite 3.)

Die polnische „Lösung“.

Bis vor wenigen Tagen hat drüben in Polen wie diesseits der Grenze — und offenbar selbst von der deutschen Presseverwertung in Warschau gebildet und begünstigt — der Streit um die „beiden Lösungen“ der polnischen Frage getobt. Es handelt sich einmal um die sogenannte „a l i o p o p o l i n i s c h e“, deren nationale Vorteile für Polen die Vereinigung der beiden größten Teilungsgelände in ein rechtlich politisches Ganzes gewesen wäre, d. h. die Bildung eines Staates mit einem Gebiet von etwa 2000 Quadratkilometer und über 20 Millionen Einwohnern mit beinahe 80 Proz. des polnischen Elements; der Eintritt in ein größeres Staatssystem hätte dem jungen polnischen Staat eine Reihe von Vorteilen auf dem Gebiet des internationalen Lebens geboten und hätte vor allem die endgültige Sicherstellung von Oligarchien bedeutet. Die „d e u t s c h e p o l n i s c h e“ Lösung sollte in der Bildung eines besonderen polnischen Staates mit eigener Dynastie, also unter Ausschluß jeglicher Personalunion, bestehen. Der neue Staat hätte nach den Bestimmungen dieser Lösung mit den Zentralmächten und in erster Linie mit Deutschland durch eine Reihe von militärischen, politischen und wirtschaftlichen Konventionen verbunden sein sollen. Die Vorteile dieser Lösung sollten sein: die Sicherstellung der drei nördlichen Kreise des Sauerländer Landes an Preußen durch den Besitz von Bialostok und das Gouvernement Grodno einflussreich werden sollte, während Deutschland gleichzeitig die Zustimmung zur polnischen Expansion in der Richtung auf Südrußland und Ostgalizien aufrechtzustehen und Preußen sollte, so daß auf diese Weise ein polnischer Staat mit einem Gebiet von etwa 1800 Quadratkilometer und 16 bis 17 Millionen Einwohnern entstehen sollte.

Die österreichische Lösung war bekanntlich von deutscher, auch von der deutschen amtlichen, Seite selbst bekämpft worden: man fürchtete vor allen Dingen durch den Eintritt Polens in den Verband des österreichisch-ungarischen Völkerbundes eine Schwächung des Deutschtums in Oesterreich und damit die österreichisch-ungarischen Bündnisfähigkeit, von allen wirtschaftlichen Komplikationen abgesehen. Aber auch die sogenannte „deutsche“ Lösung hatte gewichtige Gegner gefunden. Die Bildung eines selbständigen polnischen Reiches beinahe von der Größe Preußens, daß die beiden großen Kulturzentren Warschau und Wilna umfaßt hätte und, trotz politischer Grenze, auch mit dem dritten heiligen Zentrum Krakau, sowie durch die Macht der wirtschaftlichen Erbschaften mit Oberschlesien, Polen, Westpreußen und Litauen hätte verbunden sein müssen, ließ auf Bedenken und Widerspruch und Clemonow J. B. (in den „Grenzboten“ vom 6. und 13. Sept.) behauptet, kein politischer „Sicherheitsvertrag“ könne verhindern, daß durch alle diese Zusammenhänge und durch die Handelsfreiheit auf dem Weichsel- und Memelstrom eine fortgesetzte freie polnischen Einflusses über die Weichselgrenze brähe und, wahrscheinlich schon in wenigen Jahren, die ehemaligen polnischen Gebiete Preußens in friedlicher Eroberung dem polnischen Staat gewinne. Auch der Einwand, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu dieser friedlichen Eroberung, durch Steigerung des polnischen Einflusses im Abgeordnetenhaus, beitragen würde, wurde erhoben. Obwohl ein Vergleich mit dem Reichstag und seinen 20 polnischen Mandaten doch ohne weiteres zeigen müßte, daß selbst ein vermehrter Zahl der polnischen Siege noch keine Reichs- und Staatsgefährlichkeit zu bedeuten braucht.

Inzwischen sind nun alle diese Erörterungen überholt. Eine programmatische Erklärung des polnischen Regimentsrats hat, unter Verletzung auf die Wünsche Grenzschäfer, urbi et orbi verkündet, daß Polen nunmehr die Schaffung eines unabhängigen Staates fordert, und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, wie auch territorialer Integrität und mit Zugang zum Meer.“ Es gehört ein reichlicher Posten Optimismus und Realität dazu, aus dieser Proklamations etwas anderes heraus zu lesen, als den Anspruch auf deutsche, von einer mehr oder minder starken polnisch sprechenden Bevölkerung besetzte Landestücke. Verwunderlich bleibt nur, daß ein solches Programm unter den Augen der deutschen Okkupationsbehörde, die doch einzuwirken nach zu Recht besteht, veröffentlicht werden konnte, während doch der Regimentsrat nach dem augenblicklichen staatsrechtlichen Stand der Dinge für alle Augenblicke und Amtshandlungen an die Zustimmung der beiden Generalgouverneure gebunden sein soll. Man hört denn auch, daß Ministerpräsident Rudziszewski den Generalgouverneuren zwar von dem bevorstehenden Erlaß Kenntnis gegeben habe, nicht aber von seinem Wortlaut und vor allen Dingen nicht von der Begünstigung auf das Willkürliche Programm. Und doch steht man vom Berlin wie von Wien aus die Verhandlungen nicht nur mit dem Ministerpräsidenten (der ja inzwischen schon wieder demissioniert haben soll), sondern auch mit dem Regimentsrat, der doch auch ein gewisses Maß von Verantwortung hat, fort? Freilich, im Berliner Auswärtigen Amt werden die

